

**Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 01. Dezember 2011**

Vorlagen-Nr. 11-F-03-0106

**Schulentwicklungsplan**

**- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2011 -**

Der Schulentwicklungsplan 2010-2015 der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde vor über 15 Monaten dem Kultusministerium zur Genehmigung vorgelegt. Am 30. September diesen Jahres ist die Stellungnahme dazu seitens Frau Henzler im Schuldezernat eingegangen. Diese wichtige Stellungnahme wurde erst nach dem 24.10. vom Schuldezernat an den Magistrat weitergegeben und lag dem zuständigen Gremium der Stadtverordnetenversammlung, dem Schul- und Kulturausschuss zur Beratung vor erst am 3. November vor, so dass die Möglichkeit des Einspruches innerhalb 4 Wochen nach Zustellung in Form einer Klage nicht mehr gegeben ist.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

1. dass das Land in seiner Entscheidung zum Schulentwicklungsplan gegen den Elternwillen und die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung gehandelt hat.
2. dass durch das nicht fristgerechte Handeln des Magistrat der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit genommen wurde, gegen die Feststellung des SEP Klage zu erheben.

II. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, darzulegen, wie er sicherstellen will, dass das Parlament in Zukunft rechtzeitig von Vorgängen in Kenntnis gesetzt wird.

III. Der Magistrat wird beauftragt,

1. auf höchster Ebene Gespräche mit der Landesregierung zu führen, mit dem Ziel, dass der Schulentwicklungsplan in seiner ursprünglichen von der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossenen Form doch noch umgesetzt werden kann;
2. unabhängig von den in Punkt 1 geforderten Gesprächen eine alternative Teilfortschreibung einzuleiten die den im Schulentwicklungsplan geforderten Punkten weitestgehend entspricht, insbesondere mit der Maßgabe, die Umwandlung der Heinrich-von-Kleist-Schule in eine integrierte Gesamtschule umzusetzen;
3. umgehend über den Stand der Entwicklungen zu berichten.

---

**Beschluss Nr. 0128**

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2011

Nehrbaß  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2011

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .12.2011

Dezernat V  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister